

## **Rathaus Rodenkirchen: Schlappe für BBM, Kahlen, SPD**

### **Auszug einstimmig vertagt, aber Prüfung der Sanierung mehrheitlich nicht erwünscht**

Erst wenige Monate sind vergangen, seitdem Bezirksbürgermeister Mike Homann vollmundig und ohne Einbindung der Bezirksvertretung auf der Prinzenproklamation des Rodenkirchener Dreigestirns der überraschten Öffentlichkeit verkündete: Der Auszug aus dem „maroden“ Rathaus erfolgt noch in diesem Jahr! Diese eigenmächtige Prognose wurde nun gekippt. In ihrer Sondersitzung am 26.03.15 zur Zukunft des örtlichen Rathauses beschloss die Bezirksvertretung Rodenkirchen einstimmig, den von SPD und Verwaltung vorangetriebenen schnellen Auszug in ein Ausweichquartier zu stoppen.

Dies ist ein Erfolg des Vorstoßes von Grünen und FDP, die in einem gemeinsamen Antrag eine detaillierte und seriöse Prüfung einer Sanierung des über 40 Jahre alten, von der Substanz aber soliden Hauses gefordert hatten. Hierbei ging es hauptsächlich um wirtschaftliche Aspekte. „Nicht das Rodenkirchener Rathaus, sondern die Finanzen der Stadt Köln sind marode.“ so Manfred Giesen, Fraktionsvorsitzender der Grünen. Und weiter: „In solch einer Situation erzwingt verantwortungsvolles Handeln die Prüfung aller Optionen!“. Die FDP sprach von einer gewünschten „Revitalisierung“ des Verwaltungsbaus. Der SPD gelang es zwar noch, mit Unterstützung von Teilen der CDU und dem Linken über ein Abstimmungs-patt den Antrag von Grünen und FDP auf nachvollziehbare Kostenprüfung verschiedener Sanierungsvarianten zu blockieren; aber der aufgebaute Druck war so groß, dass man sich wenigstens einstimmig auf eine Absage an einen teuren Direktauszug verständigte und so den damit drohenden jahrelangen Leerstand des Gebäudes zumindest vorerst abwenden konnte.

Leider sprach sich das SPD/CDU-Bündnis in der weiteren Debatte gegen den Widerstand der Grünen und auch gegen je eine Stimme von CDU, FDP und AfD demonstrativ für einen Neubau des Bezirksrathauses aus. „Es ist bedauerlich, dass sich CDU und SPD hier weigern, eine vor Jahren getroffene Entscheidung „Neubau“ unter Kostenaspekten nochmals auf den Prüfstand zu stellen. Eine „Augen zu und durch“-Haltung dokumentiert nicht unbedingt politische Weitsicht!“ kommentierte Giesen.